

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB, Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages, setzt sich mit den "Wahlen" in Südafrika auseinander: Die Apartheid wird zementiert.

Seite 1

Dr. Rudolf Schöfberger MdB warnt vor dem Verkauf der juristischen Datenbank beim Bundesjustizministerium: JURIS darf nicht dem Gewinnstreben unterworfen werden.

Seite 4

Dr. Dieter Rogalla MdEP, Sprecher der Sozialistischen Fraktion für den europäischen Binnenmarkt, weist der Bundesregierung nach, Beschlüsse von Fontainebleau ins "Bonner Bermuda-Dreieck" geraten zu lassen: Europa bei Kohl nicht in guten Händen.

Seite 6

39. Jahrgang / 173

7. September 1984

Die Apartheid wird zementiert

Die jüngsten "Wahlen" in Südafrika bedeuten Herrschaftssicherung durch politische Bestechung

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB  
Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Der bisherige Ministerpräsident der Republik Südafrika, Pieter W. Botha, ist am 5. September in das neu geschaffene Amt eines "exekutiven Staatspräsidenten" gewählt worden. In seinen Händen vereint sich damit eine Machtfülle, die an die eines Diktators heranreicht.

Gewählt wurde Botha von einem Wahlmännerkollegium, das sich aus Delegierten des Parlaments der Weißen und der neu gewählten Kammern der Farbigen/Mischlinge und der Asiaten/Indier zusammensetzt. Laut neuer Verfassung haben die Weißen in diesem Kollegium die Mehrheit.

Bei den Weißen in Südafrika und vielen westlichen Regierungen wird die Beteiligung der Farbigen und Asiaten als historisches Ereignis, als Beginn einer "zweiten Republik" gefeiert. Ist damit wirklich von der weißen Minderheit der Weg zu einem friedlichen Wandel in Südafrika geebnet worden? Wird die Bevölkerungsmehrheit jetzt in die Entscheidungen einbezogen? Hat das Regime Botha damit größere Legitimität erlangt? Hat die Partei der "Verligten" (der reformbewußten Weißen) über die der "Verkranten" gesiegt? Hat sich die Erwartung der westlichen Regierungen erfüllt, daß auch ohne wirtschaftlichen Boykott die südafrikanische Minderheit die Apartheid beendet wird?

Alle diese Fragen müssen mit Nein beantwortet werden.



1. Die schwarze Bevölkerungsmehrheit bleibt auch nach der neuen Verfassung gänzlich von einer politischen Mitwirkung ausgeschlossen. Die Zwangsumsiedlungen in die sogenannten "Homelands" werden fortgesetzt. Die Homelands aber sind nichts anderes als isolierte, in sich lebensfähige Ghettos, aus denen die Weißen, je nach Bedarf mehr oder weniger, sich ihre billigen Arbeitskräfte rekrutieren. Die Schwarzen bleiben industrielle Reservearmee; rechtlos, verelendet, vom guten oder bösen Willen eines rassistischen Minderheitsregimes abhängig.

Ein Land, das die Mehrheit seines Volkes in Konzentrationslagern hält, verdient nicht den Namen einer Republik. Südafrika bleibt ein faschistoides, diktatorisches Gewaltregime - ein Schandfleck der weißen Kultur.

2. Auch die Farbigen und Asiaten sind weiterhin von jeder wirklichen politischen Mitwirkung ausgeschlossen. Daran ändern die jüngsten Wahlen nicht das geringste. Das einzige Kriterium für politische Teilhabe, für den Anspruch auf Menschlichkeit und sozialen Status bleiben Hautfarbe und Rasse. Ja - es wird noch fester zementiert. Die Grenze verläuft nur etwas anders. Den "rein Weißen" die Herrschaft; denen, die nicht "rein schwarz" sind, also "ein bißchen weiß", eine scheindemokratische Spielwiese zur Beruhigung der Gemüter; denen, die "rein schwarz" sind, die Fron.

3. Die jüngsten Wahlen sind nichts anderes als ein Manöver, um die Farbigen und Mischlinge von der schwarzen Bevölkerungsmehrheit abzuspalten. Sie sind, indem sie in das Regime eingebunden werden, als Sicherheitspuffer zwischen Weiß und Schwarz gedacht. Was sich hier abspielt, ist ein mieser Versuch der Herrschaftssicherung durch massenhafte Bestechung und Illusionierung der Farbigen und Asiaten: Weil sie nicht schwarz sind, haben sie eine höhere menschliche Qualität.

4. Der Trick wird nicht verfangen. Nur 30 Prozent der registrierten beziehungsweise nur 18 Prozent der wahlberechtigten Farbigen sind zu den Wahlurnen gegangen. Und gar nur 20 Prozent der registrierten beziehungsweise zwölf Prozent der wahlberechtigten Asiaten haben gewählt. Ein Desaster für das Apartheid-Regime. Sicherlich haben Boykottmaßnahmen der United Democratic Front zu der minimalen Wahlbeteiligung beigetragen. Aber hinter diesem Boykott standen nicht einzelne "böse Buben", sondern ein Protest der Massen.

650.000 Schüler boykottierten den Unterricht vor dem Wahlgang der Farbigen. Über hundert Anti-Apartheid-Gruppen wandten sich gegen die Wahlen. Weitere 120.000 Schüler und Studenten bleiben vor den Wahlen für die Asiaten dem Unterricht fern, diesmal unter noch härterer Einschüchterung durch das weiße Regime.

Dem Massenprotest begegnete Pretoria mit der Verhaftung von 35 führenden Apartheidgegnern, mit Knüppeln und Schüssen. In Sharpeville, wo 1960 bereits 69 Menschen von der Polizei getötet wurden, gab es jetzt wiederum mindestens 30 Tote und ein Vielfaches an Verletzten.



5. Die unterdrückten Menschen in Südafrika lassen sich nicht einbinden, das Bewußtsein des Unrechts führt zu immer massenhafteren und härteren Eruptionen. Der von den Weißen ausgeübte Druck wird zur Explosion führen, und sie bedroht in nicht zu ferner Zeit das Leben aller Weißen - auch jener, die darauf drängen, unverzüglich der Mehrheit alle demokratischen Rechte zu geben.

Die westlichen Regierungen haben sich mitschuldig gemacht, indem sie das südafrikanische Regime zwar mit Worten zur Öffnung aufforderten, es faktisch aber unterstützen durch wirtschaftliche Zusammenarbeit, durch Technologietransfer nicht zuletzt auf dem Gebiet der Kernenergie und der Militärausrüstung, und durch politische und kulturelle Zusammenarbeit.

Die jetzige Bundesregierung hat die Forderungen der SPD, aus diesem scheinheiligen Interessenspiel mit Südafrika auszusteigen und wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, zurückgewiesen. Sie glänzt in der westlichen Kontaktgruppe durch Sprachlosigkeit und sieht zu, wie die Reagan-Administration das Apartheid-Regime stützt. Wie auf anderen außenpolitischen Feldern spielt sie den getreuen Vasallen der Supermacht USA.

Die Folgen sind verheerend. Für die schwarze Bevölkerung Südafrikas dauert das Leiden an. Für die Weißen in Südafrika geht die Chance gegen Null, ihr Leben und ihre Zukunft dort, wo sie geboren sind, zu sichern. Wenn sich nicht bald Entscheidendes ändert, wird es zu einem Meer von Blut kommen.

Wer nicht für die Menschenrechte der Schwarzen kämpft, der riskiert auch das Leben der Weißen in Südafrika. Die Bundesrepublik selbst verliert ihre Glaubwürdigkeit in der Dritten Welt und diskreditiert sich vor dem ganzen afrikanischen Kontinent.

(-/7.9.1984/ks/rs)

+ + +



### Engelhard will JURIS verkaufen

Die juristische Datenbank darf jedoch nicht dem privaten Gewinnstreben unterworfen werden

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB

Von Bundesjustizminister Engelhard, dem "Langsamen Brüter" der Bundesregierung, ist normalerweise nichts Schlimmes zu befürchten, ganz einfach deshalb, weil er nur äußerst selten überhaupt etwas zustande bringt. Doch jetzt ist dem Mann, "dem man die Schuhbänder stehlen kann, während er geht", in einer für ihn gänzlich ungewohnten Eile etwas Bedenkliches eingefallen: Er will JURIS, die seit 1973 mit rund 90 Millionen Mark beim Bundesjustizministerium entwickelte und aufgebaute juristische Datenbank in eine GmbH umwandeln und die Gesellschafteranteile meistbietend verhöckern. Dies soll bereits Anfang 1985 geschehen. Einen entsprechenden Beschluß faßte das Bundeskabinett vor kurzem.

Mit seinen Plänen reitet Engelhard auf der allgemeinen Privatisierungswelle der Rechtskoalition, die auch die Lufthansa und andere Bundesunternehmen endlich in private Taschen spülen soll. Wohlgemerkt, nur prosperierende Unternehmen, denn an staatlichen Zuschußbetrieben dürfte kein Kapitalist ein Interesse haben.

Nun ist es nicht auszuschließen, daß juristische Informationen auch privat gesammelt, gespeichert und an den Verbraucher gegeben werden können. Man denke nur an die klassischen juristischen Informationssysteme, die seit Jahrzehnten in einem renommierten Münchner Verlag erscheinen (Neue Juristische Wochenschrift, Gesetzessammlungen, Handkommentare). Bei JURIS dagegen ist eine Privatisierung in höchstem Maße bedenklich und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Entwicklungskosten haben 90 Millionen Mark Steuergelder verschlungen. Sollen diese Vorlaufkosten den Erwerbem der künftigen GmbH-Anteile ganz oder teilweise zugute kommen? Soll also den braven "Schmiergeld-Onkels" Staatsvermögen zugeschustert werden? Wenn nicht, muß der Einstieg in die GmbH sehr teuer sein. Wer so teuer einsteigt und dann Gewinne machen will, muß Benutzerpreise verlangen, die sich nur juristische Großmächte, nicht jedoch normale



Rechtsanwender leisten können. Schließlich sollen auch die Behörden und Gerichte an die Datenbank angeschlossen sein. Wollen die Anleger ihren Rebbach dann über hohe Benutzerentgelte, die wiederum aus Steuergeldern finanziert werden, machen?

2. In JURIS sind bereits über 450.000 Gesetze, Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften, Gerichtsurteile und Fachaufsätze gespeichert. Weitere 100.000 Einzelvorschriften des Bundesrechts sollen in Kürze hinzukommen. Wenn JURIS gänzlich ausgebaut und auf dem laufenden ist, wird es ein monopolartiges umfassendes juristisches Informationssystem sein. Wer es dann nicht benutzt, ist nur noch zur dilettierenden Rechtsanwendung fähig, die in der Konkurrenzsituation unterliegen muß. Wer also GmbH-Anteile an JURIS erwirbt, sichert sich für das nächste Jahrzehnt Einfluß und Macht über ein monopolartiges Herrschaftswissen. Wer entscheidet dann wohl, was wie gespeichert wird?

Sind es vorwiegend arbeitnehmerfreundliche Arbeitsgerichtsentscheidungen, versicherungsfreundliche Sozialgerichtsentscheidungen, mietrechtliche Urteile im Sinne des Haus- und Grundbesitzervereins, bau- und planungsrechtliche Entscheidungen im Sinne des finanzstarken Baulöwen - oder wer garantiert über das monopolartige Informationssystem einen Wissensfundus im Dienste des sozialen Rechtsstaates? Recht im Dienste des sozialen Rechtsstaats des Grundgesetzes ist die Trutzburg der Schwächeren gegen die vielfältigen Attacken der ökonomisch Stärkeren. Was passiert auf Dauer, wenn die Starken das System dieser Trutzburg organisieren und beherrschen? Wenn sie den Schlüsselbund für diese Trutzburg verwalten?

Engelhard sieht vor: Die weitere Mitwirkung des Bundes an JURIS werde sich auf das Maß beschränken, das zur Wahrung öffentlicher Interessen an dem Projekt unumgänglich ist. Also: Garantie des sozialen Rechtsstaates, soweit "unumgänglich". Privates Gewinnstreben auf Kosten der Steuerzahler und der künftigen Rechtsanwender, soweit als möglich!

Engelhard ist im Begriff, ein wesentliches Stück Rechtsstaat dem Gesetz von Angebot und Nachfrage und damit dem privaten Gewinnstreben zu unterwerfen.

(-/7.9.1984/ks/rs)

+ + +



**Sache Europas bei Kohl nicht in guten Händen**  
-----

**Beschlüsse von Fontainebleau gerieten ins Bonner Bermuda-Dreieck**

**Von Dr. Dieter Rogalla MdEP**

**Sprecher der Sozialistischen Fraktion für den europäischen Binnenmarkt**

Die Sache Europas ist bei der Bundesregierung durchaus nicht in guten Händen. Jüngstes Beispiel: Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit gerieten die vom Europäischen Rat in Fontainebleau beschlossenen ad hoc-Ausschüsse "Institutionelle Weiterentwicklung der Gemeinschaft" und "Europa der Bürger" ins inzwischen buchstäbliche Bonner Bermuda-Dreieck.

Die erste Sitzung des institutionellen Ausschusses - ursprünglich für den 6. September vorgesehen - wurde ohne neue Terminfestsetzung abgesagt. Unter anderem weil die Bundesrepublik noch immer nicht ihr Mitglied benannt hat. Und das, obgleich sie den Vorsitz in diesem Gremium beansprucht.

Das mag an den beteiligten Personen liegen, die auch die Hauptakteure des Durcheinanders im Bundeskanzleramt sind: Bundeskanzler Helmut Kohl und sein Schulfreund Waldemar Schreckenberger. Dem Vernehmen nach soll Schreckenberger diese Aufgabe für Bonn wahrnehmen, von der sich manche Europäer zunächst wichtige Impulse für den europäischen Einigungsprozeß erhofften.

Mit der Person des biederen Jura-Professors Schreckenberger dürfte dieses Ziel jedoch kaum erreicht werden. Europapolitisch ist er ein unbeschriebenes Blatt; sieht man einmal von der Einweihung der "Europa-Spur" an der österreichisch-deutschen Grenze ab, die ihren Namen nicht verdient. Die Berufung dieses dynamischen Verwaltungsspezialisten wäre tatsächlich das Letzte, was man uns antun könnte.

Weder für diesen noch den ad-hoc-Ausschuß "Bürger für Europa" können engagierte Europäer Mitglieder mit Beamten-Mentalität akzeptieren. Diese Herren haben mit spitzfindigen Argumenten bereits seit 25 Jahren eine echte Zollunion, die Freizügigkeit für Waren, Dienstleistungen und Personen, die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit und letztlich auch den Ausbau des europäischen Währungssystems verhindert. Nein, bitte: macht die Böcke nicht zum Gärtner!

Europäische gesonnene Politiker, nicht Behörden, müssen den europäischen Gedanken wiederbeleben und neue Taten beflügeln. Drei Regierungen, - Belgien, Griechenland und Italien - haben mit Fernand Herman, Georgios Varfis und Mauro Ferri aktive beziehungsweise ehemalige Europa-Abgeordnete entsandt. Ich könnte mir auch den früheren Vorsitzenden des EP-Haushaltsausschusses, Erwin Lange, als guten Vertreter deutscher wie europäischer Interessen vorstellen. Wie seinerzeit die entscheidenden Impulse zur Schaffung der nordischen Paßunion von Parlamentariern ausgegangen ist, könnte auch jetzt hier der Schlüssel für die Verwirklichung der Europäischen Gemeinschaft durch ein solches Expertengremium liegen.

Am Rande vermerkt: Welchen Sinn der zweite Ausschuß "Europa der Bürger" haben soll - abgesehen vom schön plakativen Titel - hat sich mir bis heute nicht erhellt. Arbeitete der institutionelle Ausschuß, wenn es einmal so weit sein wird, etwa nicht für die europäischen Bürger? Will man in einem Ausschuß juristische Turnübungen vornehmen und im anderen Propaganda-Schauspiele entwerfen?

Ich denke: ein Ausschuß reicht. Nur muß er endlich einmal in Gang gesetzt werden und darf nicht wieder - wie die Präsidentschaft eines Bundesdeutschen in der EG-Kommission und die Frage des Generalsekretärs der OECD - durch Aussitzen verpiemert werden.  
(-/7.9.1984/ks/rs)

+ + +

